

11. III. 1916

**Gegen den „Zehnpennig-Tarif“.**

Der Verein Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen trat heute, Sonnabend Mittag, im großen Saale des Architektenhauses zu einer außerordentlichen Haupt-Versammlung zusammen, deren Zweck eine allgemeine Aussprache über die Tarifverhältnisse der elektrischen Straßenbahnen sein sollte. Die Verhandlungen leitete der Generaldirektor der Großen Berliner Straßenbahn Dr. Wussow (Berlin). Vertreten waren: Der Eisenbahnminister durch Geh. Ob. Reg.-Rat Reichert, der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes durch Geh. Reg.-Rat Dr. Wunsch, ferner das sächsische Ministerium des Innern, das badische Finanzministerium, das hessische Finanzministerium, die Städte Hamburg und Bremen, die Eisenbahndirektion Berlin, der Verband Groß Berlin durch Direktor Dr. Steiniger und Prof. Giese, der Deutsche Städtetag usw.

Mit der Frage der Tarifänderung hatte sich bereits ein Ausschuß befaßt, der heute das Ergebnis seiner Arbeit in einem eingehenden Berichte durch Direktor Lewitt (Mannheim) vorlegte. Werden die Vorschläge Wirklichkeit, so wäre das das Ende des 10-Pf.-Sages.

Es haben nämlich nach den Ausführungen des Berichts die Erfahrungen fast sämtlicher Straßenbahnen Deutschlands ergeben, daß der 10-Pf.-Mindestsatz neben den erheblichen Vergünstigungstarifen den wirtschaftlichen Notstand der Bahnen gebracht hat. Der seit Jahrzehnten noch allgemein angewendete 10-Pf.-Tarif entspricht nicht mehr dem Gesetz von Leistung und Gegenleistung. Mit den augenblicklichen Tarifen können die Bahnen auch den Forderungen kommender Betriebserweiterungen finanzwirtschaftlich nicht gerecht werden.

Von diesem Standpunkte aus muß deshalb in der Öffentlichkeit die Erkenntnis durchdringen, daß nur eine Tarif-erhöhung imstande ist, dem Verkehrsweisen, das mit größter Anspannung arbeitet, ein für die Zukunft genügendes Gedeihen zu sichern. Eine wirkliche und dauernde Befundung wird also nur durch erhebliche „tarifrische Zugeständnisse“ erreicht werden können. Der 10-Pf.- und 15-Pf.-Tarif müsse daher eingeführt werden. Da Zinsgarantien nicht in Frage kommen, müssen Tarifgarantien geschaffen werden. — Die Verhandlungen dauern fort.